



DOKUMENTATION

Online-Fachveranstaltung

Prävention und Schutz vor weiblicher Genitalverstümmelung nachhaltig verankern: Beratungspraxis, Politik und Verwaltung im Dialog

im Rahmen des Projektes „Maßnahmen zur Prävention, Information und zum besseren Schutz von Mädchen und Frauen, die von Genitalbeschneidung (FGM) bedroht oder betroffen sind“

8. Dezember 2021 | 15:30 bis 18:30 Uhr

INHALTLICHE GESTALTUNG

1. Kontext und Zielsetzung der Online-Fachveranstaltung

Die Online-Fachveranstaltung fand im Kontext des vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration (HMSI) geförderten Projektes „Maßnahmen zur Prävention, Information und zum besseren Schutz von Mädchen und Frauen, die von Genitalverstümmelung (FGM) bedroht oder betroffen sind“ statt. Die Vernetzung unterschiedlicher Disziplinen sowie staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure und Organisationen ist ein wichtiger Fokus des Projekts.

Die Online-Veranstaltung bot eine Plattform für Dialog und Austausch zwischen den Akteuren aus der Praxis und Entscheidungsträger*innen aus Politik und Verwaltung zu den Themen FGM und Gesundheit, Schutz von Frauen und Mädchen vor FGM sowie Beratung und Unterstützung von betroffenen Frauen und Mädchen. In der Diskussion zwischen Akteuren aus Politik, Verwaltung und Beratung entstand ein Dialog darüber, wie das Thema durch gezieltes Handeln im politischen Raum weiter gestärkt und unterstützt werden kann.

2. Podiums-Teilnehmer*innen

Aus der Beratungspraxis:

- *Dr. med. Angelika Barth*, Fachärztin für Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Fachärztin für Humangenetik, Frankfurt am Main
- *Sarah Gerstl*, Stabstelle Unterbringungsmanagement und Flüchtlinge der Stadt Frankfurt am Main; Dezernat VIII – Soziales, Jugend, Familie und Senior:innen
- *Lena Ronte*, Fachanwältin für Migrationsrecht, Frankfurt am Main
- *Tanja Wunderlich*, Öffentlichkeitsarbeit und Advocacy, FIM – Frauenrecht ist Menschenrecht e. V., Frankfurt am Main

Aus Politik, Verwaltung und Verbandswesen:

- *Anne Dahlbüding*, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Referat Rechtsfragen der Kinder- und Jugendhilfe
- *Gina Eifert*, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Sonderbeauftragte für geschlechtsspezifische Verfolgung und unbegleitete Minderjährige, Entscheiderin
- *Nancy Gage-Lindner*, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration; Referatsleiterin Jugend, Jugendhilfe, Prävention und Schutz vor Gewalt
- *Prof. Dr. med. Frank Louwen*, Leiter Funktionsbereich Geburtshilfe und Pränatalmedizin, Universitätsklinikum Frankfurt am Main
- *Wolfgang Rosengarten*, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration; Referatsleiter Prävention, Suchthilfe, Krebsregister

3. Thematischer Fokus und inhaltliche Gestaltung

- Bündelung von Erfahrungen und Erkenntnissen aus dem Projekt „Hessen – engagiert gegen FGM“ und der Beratungspraxis zivilgesellschaftlicher Organisationen zu FGM in Hessen
- Aufzeigen von Erfolgen und Herausforderungen in den Bereichen FGM und Gesundheit sowie Beratung, Unterstützung und Schutz von Frauen und Mädchen, die von FGM betroffen oder bedroht sind
- Appelle und Empfehlungen an politische Akteure, Unterstützung aus dem politischen Raum

4. Methodische Gestaltung

- Kurzimpulse und virtuelle Podiumsdiskussion
- Beteiligungsmöglichkeit der Teilnehmer*innen durch Fragen im Chat

ABLAUF

15:30 - 16:00 Uhr | Eröffnung und Orientierung

- Videobotschaft: Kai Klose, Hessischer Staatsminister für Soziales und Integration
- Organisatorisches, Technik, Ablauf
- Vorstellung Moderationsteam
- Eröffnung: Prof. Dr. med. Frank Louwen, Leiter Funktionsbereich Geburtshilfe und Pränatalmedizin, Universitätsklinikum Frankfurt am Main

16:00 - 17:00 Uhr | Kurzimpulse aus Praxis und Verwaltung – Teil I

Kurzimpulse:

- Tanja Wunderlich, Öffentlichkeitsarbeit und Advocacy, FIM – Frauenrecht ist Menschenrecht e. V., Frankfurt am Main
- Sarah Gerstl, Stabstelle Unterbringungsmanagement und Flüchtlinge der Stadt Frankfurt am Main; Dezernat VIII – Soziales, Jugend, Familie und Senior:innen

Eingangsstatements und Replik:

- Wolfgang Rosengarten, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration; Referatsleiter Prävention, Suchthilfe, Krebsregister

- Nancy Gage-Lindner, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration; Referatsleiterin Jugend, Jugendhilfe, Prävention und Schutz vor Gewalt
- Anne Dahlbüding, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Referat Rechtsfragen der Kinder- und Jugendhilfe

Fragen aus dem Chat

17:00 - 17:40 Uhr | Kurzpulse aus Praxis und Verwaltung – Teil II

Kurzimpulse:

- Lena Ronte, Fachanwältin für Migrationsrecht, Frankfurt am Main
- Dr. med. Angelika Barth, Fachärztin für Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Fachärztin für Humangenetik, Frankfurt am Main

Eingangsstatements und Replik:

- Gina Eifert, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Sonderbeauftragte für geschlechtsspezifische Verfolgung und unbegleitete Minderjährige, Entscheiderin
- Prof. Dr. med. Frank Louwen, Leiter Funktionsbereich Geburtshilfe und Pränatalmedizin, Universitätsklinikum Frankfurt am Main

Fragen aus dem Chat

17:40 - 17:50 Uhr | Pause

17:50 - 18:20 Uhr | Podiumsdiskussion

- Fortführung der Podiumsdiskussion mit allen Beteiligten
- Aufgreifen von Fragen aus dem Kreis der Zuhörer*innen

18:20 - 18:30 Uhr | Abschluss und Feedback

- Feedback und Schlußwort: Prof. Dr. med. Frank Louwen, Leiter Funktionsbereich Geburtshilfe und Pränatalmedizin, Universitätsklinikum Frankfurt am Main

ERGEBNISSE DER VERANSTALTUNG

Kurzimpulse, Eingangsstatements und Replik – Teil I

Name / Organisation	Fragestellung	Impuls
<p>Tanja Wunderlich Öffentlichkeitsarbeit und Advocacy, FIM – Frauenrecht ist Menschenrecht e. V., Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Erfahrungen, Erfolge und Herausforderungen aus der niedrigschwelligen Beratungspraxis • Forderungen und Appelle 	<ul style="list-style-type: none"> • Beratungsangebot von FIM e. V. • Anliegen der Frauen, die zur Beratung kommen (Gesundheit, FGM im Asylverfahren) • Erfolge in Beratung und Prävention • Engpässe in der zeitnahen und qualifizierten Rechtsberatung und fachmedizinischen Versorgung • Bedarfe in den Bereichen Qualifizierung, Sprachmittlung, Beratung und Anlaufstellen
<p>Sarah Gerstl Stabstelle Unterbringungsmanagement und Flüchtlinge der Stadt Frankfurt am Main; Dezernat VIII – Soziales, Jugend, Familie und Senior:innen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Erfahrungen und Herausforderungen zum Thema FGM bei der Unterbringung von Geflüchteten 	<p>Erfahrungen, Fragestellungen, Perspektiven auf der Basis einer Abfrage in 30 Unterkünften der Stadt Frankfurt am Main</p> <ul style="list-style-type: none"> • Relevanz von FGM in verschiedenen Arten von Unterkünften • Sensibilisierung des Personals • Bedarf nach geschulten Sprachmittler*innen und geschützten Räumen (noch verstärkt durch die Corona-Pandemie) • Schnittstellen und Verweissystem an Kooperationspartner*innen sind bekannt • Bedarf an vertieften Fortbildungen und Kontaktlisten für Ärzt*innen und Fachanwält*innen
<p>Wolfgang Rosengarten Hessisches Ministerium für Soziales und Integration; Referatsleiter Prävention, Suchthilfe, Krebsregister</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Wie können Beratung und Schutz von Frauen und Mädchen, die von FGM betroffen oder bedroht sind, durch gezieltes Handeln im politischen Raum gestärkt und unterstützt werden? 	<p>Überblick und Ergebnisse des vom HMSI geförderten Projektes „Hessen engagiert gegen FGM“</p>

Name / Organisation	Fragestellung	Impuls
<p>Nancy Gage-Lindner Hessisches Ministerium für Soziales und Integration; Referatsleiterin Jugend, Jugendhilfe, Prävention und Schutz vor Gewalt</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Wie können Beratung und Schutz von Frauen und Mädchen, die von FGM betroffen oder bedroht sind, durch gezieltes Handeln im politischen Raum gestärkt und unterstützt werden? • Wie kann übersektorale Kooperation und Vernetzung gelingen? 	<p>Die Istanbul Konvention als Grundlage und Rahmen für die multisektorale Verankerung eines Querschnittsthemas wie FGM</p>
<p>Anne Dahlbüding Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Referat Rechtsfragen der Kinder- und Jugendhilfe</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Wie können Beratung und Schutz von Frauen und Mädchen, die von FGM betroffen oder bedroht sind, durch gezieltes Handeln im politischen Raum gestärkt und unterstützt werden? • Welche Maßnahmen wurden vom BMFSFJ gefördert und umgesetzt? • Wie können Synergien zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren gehoben werden? 	<p>Konkrete Maßnahmen zu Prävention und Schutz von Frauen und Mädchen, die von FGM betroffen oder bedroht sind: FGM-Schutzbrief, FGM in der Hebammenversorgung, Arbeit der Bund-Länder-NRO AG</p>

Podiumsdiskussion mit allen Beteiligten, Aufgreifen von Fragen der Zuhörer*innen – Teil I

Einsatz und Nützlichkeit des FGM-Schutzbriefes:

- Wird in der Praxis, auch von Communities als sehr hilfreich erachtet
- Erfahrungen aus der Praxis und nächste Maßnahmen werden bei der Bund-Länder-NRO-AG im Januar 2022 erörtert
- Evaluierungen dazu in anderen Ländern, in denen es den Schutzbrief schon länger gibt, durchweg positiv
- BAMF könnte Schutzbrief (dort bislang nicht eingeführt) statt der aktuell gängigen „Belehrung“ aushändigen (weiterer Austausch dazu zwischen BMFSFJ und BAMF, dem Projekt-Netzwerk und der Bund-Länder-NRO-AG geplant)
- BMFSFJ lässt derzeit Audiodateien erstellen, um Inhalte für Analphabet*innen zu erschließen. Ab Ende 2021 über die BMFSFJ-Website abrufbar:

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/schutzbrief-gegen-weibliche-genitalverstuemmelung-179280>

Dringender Bedarf an Sprachmittler*innen:

- Das Büro für interkulturelle Angelegenheiten (BIKA), Main-Kinzig-Kreis stellt kostenlos Sprachmittler*innen zur Verfügung
- Schulung zu FGM kann erwogen werden
- https://www.mkk.de/buergerservice/lebenslagen_1/zuwanderung_und_integrationsbuero/index_integrationsbuero.html
- E-Mail: sprachmittler@mkk.de

Digitale Angebote:

- Digitale Angebote bzw. digitale Beratung für betroffene Frauen gibt es bislang nur in Ausnahmefällen; das

Gros der Beratung findet im direkten Kontakt statt.

- Schutz, Vertrauen, sichere Räume etc. – auch in diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie das Angebot gestaltet sein muss, damit betroffene Frauen niedrigschwelligen Zugang haben

Kurzimpulse, Eingangsstatements und Replik – Teil II

Name / Organisation	Fragestellung	Impuls
Lena Ronte Fachanwältin für Migrationsrecht, Frankfurt am Main	<ul style="list-style-type: none"> • Erkenntnisse und Herausforderungen aus der anwaltlichen Beratung und Betreuung von betroffenen Frauen und Mädchen im Asylverfahren • Forderungen zum Schutz von betroffenen Frauen und Mädchen 	<ul style="list-style-type: none"> • Diskrepanz von politischen Haltungen/Zusagen und der Situation von betroffenen Frauen im Asylverfahren • Umgang mit von FGM betroffenen Frauen im Asylverfahren • ärztliche Infrastruktur im Rahmen der Begutachtung • Umgang mit von FGM bedrohten Mädchen im Familiennachzugsverfahren • Appelle und Forderungen aus dem offenen Brief an das HMSI und BMFSFJ vom Februar 2021
Dr. med. Angelika Barth Fachärztin für Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Fachärztin für Humanogenetik, Frankfurt am Main	<ul style="list-style-type: none"> • Herausforderungen bei der fachmedizinischen Betreuung und Erstellung von Gutachten im Rahmen von Asylverfahren 	<ul style="list-style-type: none"> • Betreuung von beschnittenen Frauen bei Schwangerschaft und Geburt • Praxiserfahrungen in der Begutachtung bei Asylverfahren: Zeitdruck, klare Abgrenzung der Beschnittungs-Typen schwierig
Gina Eifert Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; Sonderbeauftragte für geschlechtsspezifische Verfolgung und unbegleitete Minderjährige, Entscheiderin	<ul style="list-style-type: none"> • Wie ist die Anhörungs- und Entscheidungspraxis des BAMF bezüglich FGM als Asylgrund? • Wie kann die Position von betroffenen oder bedrohten Frauen und Mädchen im Asylverfahren gestärkt werden? 	<ul style="list-style-type: none"> • Asylverfahrensberatung, Recht auf weibliche Anhörerin und Dolmetscherin • Sonderbeauftragte für geschlechtsspezifische Verfolgung ist einzubeziehen (nach Dienstanzweisung) • Anhörung: Verfahrensbevollmächtigte können einbezogen / mitgebracht werden (Verfahrensgarantie), bei FGM Aufklärungspflicht, muss im Bescheid gewürdigt werden • Atteste sind notwendig, Fristverlängerungen werden gewährt

Name / Organisation	Fragestellung	Impuls
<p>Prof. Dr. med. Frank Louwen Leiter Funktionsbereich Geburtshilfe und Pränatalmedizin, Universitätsklinikum Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Wie kann die medizinische und therapeutische Versorgung betroffener Frauen und Mädchen verbessert werden? • Wie muss die Aus- und Fortbildung von Fach-, Allgemein- und Amts-Ärzt*innen gestaltet sein, damit es mehr qualifizierte Mediziner*innen gibt? • Wie kann das Thema FGM im Gesundheitswesen strukturell verankert werden? 	<ul style="list-style-type: none"> • pro familia als deutschlandweit größte Beratungsorganisation für sexuelle und reproduktive Rechte im Verbund mit erfahrenen Akteur*innen aus der Praxis bietet sich als Träger dieses Projektes an • Hohe Motivation der Fachverbände, Ansätze weiterzuentwickeln • Schulungen: Der deutsche Berufsverband der Frauenärzte gehört zu den engagiertesten Berufsverbänden weltweit, der Kolleg*innen an das Thema FGM heranführt • FGM wird u. a. in Hebammen- und Pflegeausbildung integriert • Geduld, Input und gute Ideen sind gefragt...

Podiumsdiskussion mit allen Beteiligten, Aufgreifen von Fragen der Zuhörer*innen – Teil II

Vernetzung mit Polizei und Justiz:

- Enge Zusammenarbeit im Hinblick auf Strafverfolgung bei Beschneidung notwendig, z. B. im Fall von Ferienbeschneidungen
- Laut Statistiken des Justizministeriums gab es eine Verurteilung seit 2016, Zahlen für 2020 liegen noch nicht vor
- FGM als Straftatbestand hat präventive Wirkung, die nicht messbar ist, aber ähnlich wie der Schutzbrief einen Baustein darstellt, der zur Aufklärung beiträgt

Gutachten:

- Ein Attest muss enthalten: Anamnese, Beschwerdebild, detaillierte Beschreibung des Befundes, Einstufung in Beschneidungs-Typ
- Rechtsgrundlage: Frauen, die Asyl beantragen, sind in der Beweispflicht.
- Qualifikation der Begutachtenden: Jede*r Fachärzt*in kann Begutachtung vornehmen, es macht allerdings nur bei entsprechender Ausbildung und Erfahrung Sinn (mit einem evtl. Gegencheck durch Expert*innen)
- Vorschlag: zweistündiges virtuelles Treffen von Fachanwältin Lena Ronte, Dr. med. Angelika Barth, Gina Eifert (BAMF), Prof. Dr. med. Frank Louwen, Dr. med. Christoph Zerm, ggf. Dr. med. Dan m. O'Dey und dem Berufsverband der Frauenärzte zur Erstellung
 - eines Anforderungskataloges für ein verpflichtendes Webinar mit Zertifikat und Schulungs-Auffrischungsverpflichtung nach einer gewissen Zeit
 - einer Bilddokumentation
 - einer Vorlage für die zu erstellenden Gutachten
 - einer Kontaktliste der im Thema FGM geschulten Frauenärzt*innen

Das Ergebnis muss dann u. a. über Bund-Länder-AG verbreitet werden.

Qualifikation von Ärzt*innen:

- FGM ist in die Musterweiterbildungsverordnung der Bundesärztekammer für Gynäkolog*innen und plastische Chirurg*innen aufgenommen. Ergebnisse zur Umsetzung in den Ländern werden im Januar vorliegen (auch Kinderärzt*innen müssen einbezogen werden!)
- Masernschutzgesetz führt zu kleiner Veränderung des Sozialgesetzbuchs – es besteht ein Anspruch auf vertrauliche Spurensicherung und Befunderhebung bei Gewalteinwirkung. Dies muss mit Leistungserbringern und Krankenkassen auf den Weg gebracht werden. Multidisziplinäre Anamnesebögen zu Gewalteinwirkung liegen vor, mit dem Fokus auf Sexualdelikten. FGM ist noch nicht integriert, Kompetenz noch nicht systematisch hergestellt.

Hoher Qualifikationsbedarf besteht auch bei Anwält*innen und Richter*innen.

Bündelung von Informationen und Kontaktlisten zu qualifizierten Gynäkolog*innen und plastischen Chirurg*innen:

- Im Rahmen des FGM-Projekts wird derzeit eine Liste für Hessen erstellt
- Entsprechende Informationen sind auch über INTEGRA zu erhalten

ZUSAMMENFASSUNG VON APPELLEN UND FORDERUNGEN

<h3>Beratung und medizinische Versorgung</h3>	<ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung und Finanzierung von interdisziplinären Anlaufstellen, die integrierte medizinische und psycho-soziale Beratung anbieten • FGM/C Sprechstunden • Qualifizierung von Ärzt*innen und medizinischem Personal bei Prävention, Versorgung und Begutachtung • Ausreichende Beratungs- und Therapieangebote für betroffene Frauen und Mädchen zur Behandlung der physischen und psychischen Folgen von FGM • Aufklärung über und verbesserter Zugang zu medizinischen Optionen für eine chirurgische Rekonstruktion von Genitalien • Bündelung von Informationen und Kontaktlisten • Zugang zu qualifizierter Sprachmittlung • Enge Vernetzung mit Polizei und Justiz
<h3>Schutzmaßnahmen im Zusammenhang mit Asylverfahren</h3>	<ul style="list-style-type: none"> • Strukturelle Verankerung in der Asylverfahrensberatung • Schulung von Anwält*innen und Richter*innen • Konsequente Anerkennung von erlittener oder drohender Genitalverstümmelung und der psycho-sozialen Folgen als geschlechtsspezifische Verfolgung durch das BAMF • Sicherstellung von qualifizierter Rechtsberatung und kostenfreier fachmedizinischer Betreuung bereits vor einer Anhörung • Beschleunigtes Verfahren beim Familiennachzug, wenn Mädchen und Frauen von FGM bedroht sind

Weitere Forderungen der Zivilgesellschaft zur Umsetzung der Istanbul Konvention

- Regelmäßige Treffen der Bund-Länder-NRO Arbeitsgruppe
- Erstellung eines neuen Nationalen Aktionsplans zu geschlechtsspezifischer Gewalt und FGM auf Bundesebene
- Einführung von ganzheitlichen Verweisungssystemen in allen Sektoren

AUSWERTUNG/FEEDBACK ZUR VERANSTALTUNG

Nachstehend die Ergebnisse der Umfrage, die direkt im Anschluss an die Veranstaltung online durchgeführt worden ist. Von 133 Teilnehmer*innen haben sich 76 Personen an der Umfrage beteiligt:

Wurden heute aus Ihrer Sicht die relevantesten Erkenntnisse, Fragen und Herausforderungen thematisiert?	Teilnehmer (absolut)	Teilnehmer (in %)
Ja, vollständig	40	53
Teils, teils	36	47
Eher nicht	–	–

War die Veranstaltung nützlich und hilfreich für Ihren Arbeitsalltag?	Teilnehmer (absolut)	Teilnehmer (in %)
Ja, vollständig	36	47
Teils, teils	39	51
Eher nicht	1	1

Ist es mit der Veranstaltung gelungen, einen Beitrag zur Vernetzung und zum interdisziplinären Dialog zu leisten?	Teilnehmer (absolut)	Teilnehmer (in %)
Ja, vollständig	52	68
Teils, teils	24	32
Eher nicht	–	–